



Verkündungsblatt der Fachhochschule Lippe und Höxter

34. Jahrgang – 28. Juni 2006 – Nr. 21

Satzung über die Erhebung von Studienbeiträgen und Gebühren an der Fachhochschule Lippe und Höxter (StBAG-Satzung) vom 27. Juni 2006

Der Senat der Fachhochschule Lippe und Höxter hat in seiner Sitzung am 21. Juni 2006 die Satzung über die Erhebung von Studienbeiträgen und Gebühren an der Fachhochschule Lippe und Höxter verabschiedet.

Gemäß § 20 Abs. 2 des Gesetzes zur Erhebung von Studienbeiträgen und Hochschulabgaben (Studienbeitrags- und Hochschulabgabengesetz – StBAG NRW) kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des StBAG NRW, des Hochschulgesetzes oder des Satzungs- oder sonstigen Rechts der Hochschule gegen die Beitragssatzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) die Beitragssatzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- b) das Präsidium oder das Rektorat hat den Senatsbeschluss vorher beanstandet oder
- c) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Der Wortlaut wird im Folgenden bekannt gegeben:

**Satzung über die Erhebung von Studienbeiträgen und Gebühren
an der Fachhochschule Lippe und Höxter (StBAG-Satzung)
vom 27. Juni 2006**

Auf Grund § 2 Absatz 4 Satz 1 und § 10 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 14. März 2000 (GV. NRW. S. 190), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. März 2006 (GV. NRW. S. 119), in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Erhebung von Studienbeiträgen und Hochschulabgaben (Studienbeitrags- und Hochschulabgabengesetz – StBAG NRW) vom 21. März 2006 (GV. NRW. S. 120) und der Verordnung über die Erhebung von Studienbeiträgen und Hochschulabgaben an den Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Studienbeitrags- und Hochschulabgabenverordnung – StBAG-VO) vom 6. April 2006 (GV. NRW. S. 157) hat die Fachhochschule Lippe und Höxter die folgende Satzung erlassen:

Inhaltsübersicht

- § 1 Zweck, Geltungsbereich
- § 2 Studienbeiträge
- § 3 Gasthörerbeitrag, Zweithörerbeitrag
- § 4 Ausfertigungs- und Verspätungsgebühren, Säumniszuschlag
- § 5 Ausnahmen und Befreiungen von der Beitragspflicht
- § 6 Sicherung der Qualität der Lehr- und Studienorganisation
- § 7 Stipendien für besonders qualifizierte bedürftige Studierende
- § 8 In-Kraft-Treten

§ 1

Zweck, Geltungsbereich

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Erhebung von Studienbeiträgen und Hochschulabgaben (Studienbeitrags- und Hochschulabgabengesetz – StBAG NRW) vom 21. März 2006 (GV. NRW. S. 120) und der Verordnung über die Erhebung von Studienbeiträgen und Hochschulabgaben an den Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Studienbeitrags- und Hochschulabgabenverordnung – StBAG-VO) vom 6. April 2006 (GV. NRW. S. 157) in der jeweils geltenden Fassung regelt diese Satzung die Erhebung von Studienbeiträgen und Gebühren an der Fachhochschule Lippe und Höxter.

§ 2

Studienbeiträge

- (1) Für alle an der Fachhochschule Lippe und Höxter angebotenen Studiengänge, die zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führen (Studiengänge im Sinne des § 2 Abs. 3 StBAG NRW) erhebt die Fachhochschule Lippe und Höxter von jeder eingeschriebenen Studierenden und jedem eingeschriebenen Studierenden einen Studienbeitrag in Höhe von 500,- € pro Semester.

- (2) Der Studienbeitrag wird erstmals von Studierenden erhoben, die zum Wintersemester 2006/2007 im ersten Hochschulsesemester eingeschrieben werden und von den übrigen Studierenden ab dem Sommersemester 2007.
- (3) Studierende, die an der Fachhochschule Lippe und Höxter in mehreren Studiengängen eingeschrieben sind, zahlen nur einen Studienbeitrag. Sofern eine Studierende oder ein Studierender in mehrere Studiengänge an der Fachhochschule Lippe und Höxter eingeschrieben ist und diese Studiengänge unterschiedliche Regelstudienzeiten haben, wird für die Berechnung der Zeit, in der ein Anspruch auf ein Studienbeitragsdarlehen besteht, der Studiengang mit der längsten Regelstudienzeit zu Grunde gelegt.
- (4) Von Personen, die an einer anderen Hochschule eingeschrieben und zugleich an der Fachhochschule Lippe und Höxter für das Studium eines weiteren Studiengangs zugelassen sind gemäß § 71 Abs. 2 Hochschulgesetz NRW (HG) (sog. große Zweithörerinnen und Zweithörer), werden Studienbeiträge in der im Absatz 1 genannten Höhe erhoben, wenn die Hochschule der Einschreibung außerhalb Nordrhein-Westfalens liegt oder diese eine Beitragspflicht auf der Grundlage des § 2 Abs. 1 StBAG NRW nicht vorsieht. Im Übrigen gelten für diese Personen die Bestimmungen dieser Satzung für Studierende entsprechend.

§ 3

Gasthörerbeitrag, Zweithörerbeitrag

- (1) Für das Studium von Gasthörerinnen und Gasthörern i. S. d. § 71 Abs. 3 HG wird erstmals zum Wintersemester 2006/2007 ein allgemeiner Gasthörerbeitrag in Höhe von 100,- € pro Semester erhoben.
- (2) Die Zulassung von Gasthörerinnen und Gasthörern sowie von Zweithörerinnen und Zweithörern wird vom Nachweis der Entrichtung der Beiträge abhängig gemacht.

§ 4

Ausfertigungs- und Verspätungsgebühren, Säumniszuschlag

- (1) Für die Ausfertigung der Zweitschrift eines Prüfungszeugnisses oder einer Urkunde über die Verleihung eines akademischen Grades wird eine Gebühr in Höhe von 25,- € erhoben.
- (2) Für die Ausfertigung der Zweitschrift eines Studiausweises oder eines Bescheides über die Zulassung als Gasthörerin oder Gasthörer oder als Zweithörerin oder Zweithörer wird eine Gebühr in Höhe von 5,- € erhoben.
- (3) Für eine verspätet beantragte Einschreibung oder Rückmeldung sowie in dem Fall, dass Beiträge oder Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet werden, wird ein Säumniszuschlag in Höhe von 10,- € erhoben.

§ 5

Ausnahmen und Befreiungen von der Beitragspflicht

- (1) In den Fällen des § 8 Abs. 1 und 2 StBAG NRW sind Studierende von der Beitragspflicht nach § 2 Abs. 1 ausgenommen.
- (2) Auf Antrag werden Studierende von der Beitragspflicht nach § 2 Abs. 1 befreit für
 1. die Pflege und Erziehung von minderjährigen Kindern i. S. d. § 25 Abs. 5 Bundesausbildungsförderungsgesetz, sofern die oder der Studierende das minderjährige Kind in ihren oder seinen Haushalt aufgenommen hat; durch Vorlage geeigneter Unterlagen hat die oder der Studierende dies glaubhaft zu machen,
 2. die Mitwirkung als gewählte Vertreterin oder gewählter Vertreter in Organen der Hochschule, der Studierendenschaft, der Fachschaften der Studierendenschaft oder des Studentenwerks,
 3. die Wahrnehmung des Amtes der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten,
 4. die studienzeitverlängernden Auswirkungen einer Behinderung oder einer schweren Erkrankung.

Eine Befreiung nach Satz 1 findet nicht statt, soweit und solange die oder der Studierende beurlaubt ist. Bei Anträgen auf Befreiung nach Satz 1 Nr. 4 hat die Antragstellerin oder der Antragsteller ein fachärztliches oder anderes geeignetes Gutachten beizufügen, das insbesondere nachvollziehbare Aussagen darüber trifft, dass die Behinderung oder die schwere Erkrankung die Studienzeitverlängerung verursacht. Die Möglichkeit der Befreiung besteht für alle Studiengänge, für die nach dieser Satzung eine Beitragspflicht besteht; sie ist nicht auf Studiengänge, die zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führen und konsekutive Masterstudiengänge beschränkt. Die Befreiung erfolgt in den Fällen der Nr. 1 insgesamt für höchstens sechs Semester je Kind und in den Fällen der Nr. 2 und 3 insgesamt für höchstens drei Semester.

- (3) Sofern Studierende in einem Semester nur noch das Kolloquium abzulegen haben und der Kolloquiumstermin in zeitlicher Nähe zum Semesterbeginn oder Vorlesungsbeginn liegt, werden sie auf Antrag für dieses Semester von der Beitragspflicht nach § 2 Abs. 1 befreit. Satz 1 gilt entsprechend, wenn an Stelle des Kolloquiums nur noch eine sonstige Prüfungsleistung abzulegen ist oder abgelegt werden soll.
- (4) Bedürftige und qualifizierte ausländische Studierende mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung, die keinen Anspruch auf ein Studienbeitragsdarlehen besitzen, können im Einzelfall auf Antrag von der Beitragspflicht nach § 2 Abs. 1 für ein oder mehrere Semester befreit werden, wenn die Hochschule ein besonderes Interesse an der Bildungszusammenarbeit mit dem Herkunftsland hat. Die Entscheidung über die Länder, mit denen ein besonderes Interesse an der Bildungszusammenarbeit besteht, trifft das Rektorat.
- (5) Bedürftige und qualifizierte ausländische Studierende mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung, die keinen Anspruch auf ein Studienbeitragsdarlehen besitzen, und die im Zeitpunkt der Einführung von Studienbeiträgen eingeschrieben sind, können im Einzelfall auf Antrag von der Beitragspflicht nach § 2 Abs. 1 für ein oder mehrere Semester befreit werden.
- (6) Studierende Angehörige der A-, B- und C-Kader der nordrhein-westfälischen Olympiastützpunkte können auf Antrag von der Beitragspflicht für ein oder mehrere Semester befreit werden.

- (7) Pro Antragstellung kann höchstens über eine Befreiung für zwei Semester entschieden werden. Die Studierenden sind verpflichtet, die Hochschule über Änderungen der Umstände, die bei der Entscheidung über die Befreiungen nach den Absätzen 1 – 6 zu Grunde gelegt worden sind, unverzüglich zu informieren. Bei wesentlichen Änderungen dieser Umstände im Laufe eines Semesters, für das eine Befreiung ausgesprochen wurde, kann die Befreiung zurückgenommen werden. Bei wesentlichen Änderungen dieser Umstände vor Beginn eines Semesters, für das eine Befreiung ausgesprochen wurde, wird diese Befreiung zurückgenommen.

§ 6

Sicherung der Qualität der Lehr- und Studienorganisation

- (1) Die Hochschule überprüft durch ein Prüfungsgremium die Qualität ihrer Lehr- und Studienorganisation. Stellt das Prüfungsgremium erhebliche Mängel in der Qualität der Lehr- oder Studienorganisation fest, empfiehlt es der Hochschule Maßnahmen. Die Hochschule entscheidet, ob und inwieweit die Empfehlung umgesetzt wird. Empfehlungen nach Satz 2 und ihre Umsetzung nach Satz 3 begründen keine eigenen Rechte der Mitglieder der Hochschule.
- (2) Das Prüfungsgremium besteht aus
1. zwei Mitgliedern P,
 2. einem Mitglied L,
 3. einem Mitglied M,
 4. einer Person, die weder Mitglied noch Angehörige der Hochschule ist,
 5. fünf Mitgliedern S.

Hierbei bezeichnet P die Professorinnen und Professoren, L die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben, M die weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und S die Studierenden der Hochschule.

- (3) Die Mitglieder nach Absatz 2 Nr. 1, 2, 3 und 5 werden nach Gruppen getrennt von den Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Gruppe im Senat gewählt; das Mitglied nach Absatz 2 Nr. 4 wird von den stimmberechtigten Mitgliedern des Senats auf Vorschlag des Rektorats gewählt. Die Amtszeit der Mitglieder nach Abs. 2 Nr. 1 - 4 beträgt vier Jahre. Die Amtszeit der Mitglieder nach Abs. 2 Nr. 5 beträgt ein Jahr. Die Mitglieder des Gremiums wählen aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, die oder der nicht Mitglied oder Angehörige bzw. Angehöriger der Hochschule sein soll. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 7

Stipendien für besonders qualifizierte bedürftige Studierende

- (1) Das Rektorat kann einen geringen Teil des Studienbeitragsaufkommens für Stipendienprogramme für besonders qualifizierte bedürftige Studierende verwenden, mit denen die jeweiligen Studienbeiträge bezahlt werden müssen.
- (2) Näheres regelt das Rektorat.

§ 8
In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 1. Juli 2006 in Kraft. Sie wird im Verkündungsblatt der Fachhochschule Lippe und Höxter veröffentlicht. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung der Fachhochschule Lippe und Höxter vom 5. Februar 2004, Verkündungsblatt der Fachhochschule Lippe und Höxter 2004/Nr. 3, außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Fachhochschule Lippe und Höxter vom 21. Juni 2006

Lemgo, den 27. Juni 2006

Der Rektor
der Fachhochschule Lippe und Höxter

Prof. Tilmann Fischer